

E3-Ä1 Klimachecks bei Straßenprojekten

Antragsteller*in: Nelly Waldeck (KV Kiel)

Änderungsantrag zu E3

Von Zeile 1 bis 3:

B'90/Die Grünen Schleswig-Holsteinein erkennen an, dass die beschleunigte Planung gerade auch von Verkehrsinfrastrukturprojekten zur Erreichung der Sektorenziele im Verkehr einen entscheidenden Beitrag leisten kann. Unser Ziel ist es, dass die Mobilität im Land auch ohne eigenes Auto sichergestellt werden kann.

Von Zeile 5 bis 9:

alles kann gleichzeitig bevorzugt werden. Eine Planungsbeschleunigung im Verkehrsbereich ~~kommt daher vorrangig~~ muss primär für Schienenprojekte in Betracht Schieneinfrastruktur gelten, die wir dringend für die Verlagerung von Verkehren brauchen. Dazu gehören neue Schienenwege, die Reaktivierung und Ausbau bestehender Schienenwege und ~~die Förderung~~ der Bau von Güterumschlagsterminals sowie Gleisanschlüssen von Gewerbegebieten. Daneben sollen kritische Brückenbauwerke beschleunigt saniert

Von Zeile 11 bis 13 löschen:

Bei Straßen priorisieren wir die Sanierung vor dem Aus- und insbesondere dem Neubau. Der Neu- und Ausbau von Bundes- und Landesstraßen im Land, verstärkt die Nutzung von PKW, erhöht die Verkehrsmenge und arbeitet so gegen die Klima-

Von Zeile 18 bis 29:

~~Zusätzlich ist zur Bewertung bestehender und neuer Straßenprojekte ein umfassender Klimacheck mit folgenden Vorgaben durchzuführen:~~

- ~~1) Keine Erhöhung der Emissionen von CO₂, Lärm und Schadstoffen,~~
- ~~2) Keine Erhöhung der Verkehrsleistung im Netz,~~
- ~~3) keine höheren Geschwindigkeiten auf den angrenzenden Straßen und~~
- ~~4) keine negativen Auswirkungen auf Umwelt, Natur und Anwohner*innen.~~

~~Zudem sind bei Straßen, die durch diese Projekte entlastet werden, entsprechende Rückbauten bzw. Umwidmungen für den Umweltverbund vorzusehen.~~

Zusätzlich setzen sich B90/die Grünen Schleswig-Holstein im Rahmen der Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans für einen umfassenden Klimacheck bei Straßenneubauprojekten ein. Dieser soll die folgenden Kriterien zur Grundlage nehmen

- Insgesamt dürfen die CO2 Emissionen im Verkehrssektor durch ein Projekt nicht steigen
- in Betrachtung des Gesamtnetzes soll es durch ein Projekt keine Erhöhung der Verkehrsleistung des PKW Verkehrs geben
- Negative Auswirkungen auf die Umwelt, Natur und Anwohner*innen, sowie Lärm- und Schadstoffemissionen sollen vermieden bzw kompensiert werden, jedenfalls sind sie auf das absolut Minimum zu begrenzen.

Bei Maßnahmen mit Ziel der Verkehrsberuhigung anderer Straßen ist eine entsprechende Umgestaltung der zu umfahrenden Straße vorzusehen, sodass dem Zweck auch Rechnung getragen werden kann. Das kann eine Neuaufteilung des Straßenraums, eine Umwidmung oder ein Rückbau sein.

1)

Projekte, die diese Vorgaben nicht erfüllen, sind nicht mehr weiterzuverfolgen oder entsprechend umzuplanen. ~~Ziel jeder Infrastrukturmaßnahme im Verkehrsbereich muss es sein, die Mobilität im Land auch ohne ein eigenes Auto garantieren zu können.~~

Unterstützer*innen

Sven Gebhardt (KV Flensburg); Finn-Pascal Pridat (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Steffen Regis (KV Kiel); Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg); Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg); Maik-Torben Kristen (KV Kiel); Malte Krüger (KV Steinburg); Henning von Schöning (KV Plön); Gerhard Boll (KV Herzogtum Lauenburg); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Ulrike Täck (KV Segeberg); Philipp Walter (KV Kiel); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn); Daniel Stephen Kolmorgen (KV Kiel); Marcel Beutel (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Erik Wassermann (KV Segeberg)